Oldletter: SPD-Geschichten aus Papenburg

SPD

16.03.2014 Nr. 44

Inhalt:

Krankenhaus in Papenburg S. 01
Arbeitsförderung S. 02
Spätaussiedlerproblematik S. 03

Juli 1998

ZUR ENTWICKLUNG DES KRANKENHAUSES IN PAPENBURG

Bei der weiteren Entwicklung des Papenburger Krankenhauses kritisierte die SPD die unklare Haltung der CDU zur weiteren Entwicklung des Krankenhauses.

Fraktionsvorsitzender Roland Seemann bemühte sich in mehreren Gesprächen darum, eine breite Unterstützung für den Erhalt und Ausbau des Krankenhauses zu erreichen. Die SPD-Ratsfraktion sprach sich für ein leistungsfähiges Krankenhaus in Papenburg aus und bat Roland Seemann und Peter Raske gemeinsam mit Helmut Collmann, MDL, in Hannover für den weiteren Ausbau der Kinder- und Jugendpsychatrie zu werben. Gerade die Kinder- und Jugendpsychatrie und ihr weiterer Ausbau wäre der Garant für den Erhalt eines leistungsfähigen Krankenhauses in Papenburg. Die Kinder- und Jugendpsychatrie mit ihrem systemischen Ansatz, dem „Aschendorfer Modell“, hatte in deutschen und internationalen Fachkreisen einen hervorragenden Ruf. Dies galt es zu würdigen und mit allen Mitteln zu unterstützen.

Das müsste auch die CDU zur Kenntnis nehmen und sich endlich einmal eindeutig für das Krankenhaus und seine zukünftige Entwicklung aussprechen. Es entstand der Eindruck, die CDU wollte die Kinder- und Jugendpsychatrie nicht weiter ausbauen und die Orthopädie nicht in das Krankenhaus in Papenburg integrieren. Bezweifelt wurde, ob die CDU das Konzept des „Aschendorfer Modells“ überhaupt kennen würde. Wie war es sonst zu erklären, dass einige CDU-Ratsherren mit falschen Belegungszahlen für die Kinder- und Jugendpsychatrie argumentierten. Die SPD-Fraktion forderte die CDU auf, klipp und klar zu sagen, wie sie zur Kinder- und Jugendpsychatrie und zur Orthopädie stünde. Die SPD forderte die CDU auf, sich für ein starkes Krankenhaus in Papenburg einzusetzen. Dabei müssten die möglichen Eigeninteressen einzelner Ratsherren im Sinne des Gemeinwohls zurück gestellt werden.

Im Interesse der Bürger und Bürgerinnen von Papenburg sollte man sich möglichst schnell auf einen Vertreter der Stadt für das Kuratorium einigen, der als unabhängige und kompetente Persönlichkeit die Interessen der Stadt und des Krankenhauses beim Land und Kreis und den Krankenkassen wahrnehmen könnte. Für die SPD wäre Ulli Nehe als der von den Papenburgern mit breiter Mehrheit gewählte Bürgermeister diese Persönlichkeit.

„CDU muß bei Krankenhaus endlich Farbe bekennen“

SPD fordert schnelle Entscheidungen - Nehe in Aufsichtsrat

Papenburg

Auf der letzten Fraktionssitzung beschäftigte sich die SPD-Ratsfraktion mit der weiteren Entwicklung des Papenburger Krankenhauses. Dabei kritisierten sie die unklare Haltung der CDU zur weiteren Entwicklung des Krankenhauses in Papenburg und Aschendorf.

Fraktionsvorsitzender Roland Seemann teilte der Fraktion mit, daß er sich in mehreren Gesprächen darum bemühe, eine breite Unterstützung für den Erhalt und Ausbau des Krankenhauses zu erreichen. Die SPD-Ratsfraktion sprach sich eindeutig für ein leistungsfähiges Krankenhaus in Papenburg aus und bat Roland Seemann und Peter Raske, gemeinsam mit Helmut Collmann, MdL, in Hannover für den weiteren Ausbau der Kinder- und Jugendpsychiatrie in Aschendorf zu werben.

Gerade die Kinder- und Jugendpsychiatrie und ihr weiterer Ausbau sei der Garant für den Erhalt eines leistungsfähigen Krankenhauses in Papenburg. Schon jetzt habe die Kinder- und Jugendpsychiatrie mit ihrem systemischen Ansatz, dem „Aschendorfer Modell“, in deutschen und internationalen Fachkreisen einen hervorragenden Ruf. Dies gelte es zu würdigen und mit allen Mitteln zu unterstützen, schreibt die SPD in ihrer Pressemitteilung.

Nach Meinung der SPD ist der Eindruck entstanden, die CDU wolle die Kinder- und Jugendpsychiatrie nicht weiter ausbauen und die Orthopädie nicht in das Krankenhaus in Papenburg integrieren. Man frage sich, ob die CDU das Konzept des „Aschendorfer Modells“ überhaupt kenne, da einige CDU-Ratsherren mit falschen Belegungszahlen für die Kinder- und Jugendpsychiatrie argumentierten. Die SPD-Fraktion fordere die CDU auf, klipp und klar zu sagen, wie sie zur Kinder- und Jugendpsychiatrie und zur Orthopädie stehe.

Möglichst schnell, so schreibt die Minderheitsfraktion im Rat, sollte auch der städtische Vertreter im Aufsichtsrat der Marienkrankenhaus GmbH benannt werden. Nach Meinung der SPD ist der mit breiter Mehrheit gewählte Bürgermeister Ulrich Nehe am besten geeignet, diese Aufgabe wahrzunehmen.

Ems-Zeitung 02.07.1998

SPD-Fraktion fordert von CDU klare Stellungnahme zur Entwicklung des Krankenhauses

„CDU nennt falsche Zahlen“

Papenburg. Auf der jüngsten Fraktionssitzung beschäftigte sich die Papenburger SPD-Ratsfraktion mit der weiteren Entwicklung des Papenburger Marienkrankenhauses. Dabei kritisierten die Kommunalpolitiker die unklare Haltung der CDU zur weiteren Entwicklung des Krankenhauses in Papenburg und Aschendorf.

Vorsitzender Roland Seemann teilte der Fraktion mit, daß er sich in mehreren Gesprächen darum bemühe, eine breite Unterstützung für den Erhalt und Ausbau des Krankenhauses zu erreichen. Die SPD-Ratsfraktion sprach sich eindeutig für ein leistungsfähiges Krankenhaus in Papenburg aus und bat Seemann und Peter Raske gemeinsam mit Landtagsmitglied Helmut Collmann in Hannover für den weiteren Ausbau der Kinder- und Jugendpsychiatrie in Aschendorf zu werben. Gerade die Kinder- und Jugendpsychiatrie genieße mit ihrem systemischen Ansatz, dem „Aschendorfer Modell“, in deutschen und internationalen Fachkreisen einen hervorragenden Ruf. Dies gelte es zu würdigen und mit allen Mittel zu unterstützen.

Dies müsse auch die CDU zur Kenntnis nehmen und sich endlich eindeutig für das Krankenhaus und seine zukünftige Entwicklung aussprechen. Nach Meinung der SPD ist der Eindruck entstanden, die CDU wolle die Kinder- und Jugendpsychiatrie nicht weiter ausbauen und die Orthopädie nicht in das Krankenhaus in Papenburg integrieren. „Man fragt sich, ob die CDU das Konzept des ‚Aschendorfer Modells‘ überhaupt kennt. Wie ist es sonst zu erklären, daß einige CDU-Ratsherren mit falschen Belegungszahlen für die Kinder- und Jugendpsychiatrie argumentieren?“ so die SPD-Fraktion, die die CDU auffordert, klar zu sagen wie sie zur Kinder- und Jugendpsychiatrie und zur Orthopädie stehe.

Im Interesse der Bürger von Papenburg solle man sich möglichst schnell auf einen Vertreter der Stadt für das Kuratorium einigen. Für die SPD ist Ulrich Nehe als der von den Papenburgern mit breiter Mehrheit gewählte Bürgermeister diese Persönlichkeit.

Sonntags Report 12.07.1998

HEKTIK BEI MAßNAHMEN DER ARBEITSFÖRDERUNG

Auf ihrer Mitgliederversammlung wählte der SPD-Ortsverein Papenburg seine Delegierten für die Wahlkreiskonferenz zur Europawahl 1999 und beschäftigte sich mit der Bundestagswahl.

Der Ortsvereinsvorsitzende und die anwesenden GenossInnen zeigten großen Optimismus für die Bundestagswahl. Bei der Analyse der gegenwärtigen Situation stellten sie übereinstimmend fest, dass nach 16 Regierungsjahren der Bonner Koalition die Arbeitslosenzahlen den höchsten Stand in der Geschichte der Bundesrepublik erreicht hatten. Gleichzeitig verschlechterte sich die Arbeitsmarktstruktur und es gab millionenfach befristete und geringfügige Arbeit oder Scheinselbständigkeit. Fehlende Ausbildungs- und Arbeitsplätze verbauten Hunderttausenden junger Menschen den Weg in die Zukunft.

Der beginnende Rückgang der Arbeitslosigkeit war zwar zu begrüßen. Es war aber verfrüht von einem Durchbruch am Arbeitsmarkt zu sprechen. Zusätzliche AB-Maßnahmen waren der Hauptgrund für weniger Arbeitslose im Juni und den folgenden Monaten. Beklagt wurde, dass die meisten Maßnahmen zu kurz befristet waren, um nachhaltige Wirkung zu erzielen. Man konnte sich des Eindrucks nicht erwehren, es würde aus wahltaktischen Überlegungen möglichst kurzfristig Geld bereit gestellt, um ein positives Bild auf dem Arbeitsmarkt zu erreichen. In diese Maßnahmen reihten sich auch die Programme des Landkreises mit der ESBA und dem Programm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit ein. Zwar war jeder Ausbildungs- und Arbeitsplatz, der neu geschaffen wurde, zu begrüßen. Da alle Fachleute wussten, dass die Anzahl der ausbildungs- und arbeitsplatzsuchenden Jugendlichen bis zum Jahre 2006 anwachsen würden, griff aber ein Programm, das für 1998/99 aufgelegt wurde, zu kurz. Es war auch ein Widerspruch, wenn auf der einen Seite kurzfristig 2 Millionen Mark für arbeitslose Jugendliche bereitgestellt wurden und gleichzeitig im Rahmen der Jugendhilfe bei den über 18-jährigen vielfach keine Ausbildung mehr bewilligt wurde.

In dieses Vormachen einer „heilen Welt“ passte auch die Ablehnung der Mehrheitsfraktion im Kreistag zur Erstellung eines Armutsberichtes, wie er von beiden großen Kirchen gefordert wurde. Die Sozialpolitik stand vor einem Scherbenhaufen. Vielfache Leistungskürzungen beim Arbeitslosengeld, bei der Arbeitslosenhilfe, beim Schlechtwettergeld, bei der Sozialhilfe oder im Gesundheitswesen hatten aus dem sozialen Sicherungssystem Schritt für Schritt einen immer brüchiger werdenden Flickenteppich entstehen lassen. Die Risse in der Gesellschaft und die Beschädigung des Sozialstaates wurden immer tiefer. Verschämte Armut und unverschämter Reichtum gehörten zum Alltag der Gesellschaft.

Ein weiterer Programmpunkt der Mitgliederversammlung war die Europawahl. Am 8. September 1998 wählten die emsländischen Genossen ihren Kandidaten für die Europawahl. Als Delegierte für diese Wahlkreiskonferenz wurden vom SPD-Ortsverein Maureen Bamming, Christa Kröger, Ferdinand Saalfeld und Dirk Stockkamp gewählt.

VERSCHLEIERUNG DES ZUZUGSDRUCK VON SPÄTAUSSIEDLERN

Von den im Emsland lebenden Spätaussiedlern wurde immer wieder heftige Kritik an der Bearbeitungsart und -dauer der Anträge geübt. Die Aussiedler beklagten sich darüber, dass ihre noch in den Herkunftsländern verbliebenen Verwandten, auch bei Bereitstellung aller notwendigen Papiere, oft drei bis vier Jahre warten müssten, bis sie als Spätaussiedler anerkannt würden und in die Bundesrepublik einreisen dürften.

Durch diese Verwaltungspraxis entstand ein Stau bei den Anträgen. Es war dabei mehr als verwunderlich, dass die Bundesregierung jeden Monat den angeblich natürlichen Rückgang der Spätaussiedlerzahlen verkündete. Die Folgerung daraus, dass es überhaupt keinen Bedarf gäbe, über den Zuzug von Spätaussiedlern zu sprechen, war ebenso falsch wie die Behauptung, die Integrationsmittel würden ausreichen, da ja immer weniger Spätaussiedler kämen.

Ging man jedoch davon aus, dass die Motivation vieler potentieller Spätaussiedler zur Übersiedlung nach Deutschland ungebrochen war, führte die Verschleppung von Anträgen lediglich zu einer zeitlichen Verzögerung. Keinesfalls aber ging es hier um einen seriösen Ansatz zur Lösung der Zuwanderungs- und Integrationsfragen.

Sollten die Zuwanderungszahlen wieder in die Höhe schnellen, weil die Anträge zügiger bearbeitet würden, wären nicht nur die Spätaussiedler selber weiter verunsichert. Gerade das Emsland würde nach dem Wegfall der Zuzugssperre angesichts immer knapperer Mittel vor schier unlösbare Aufgaben gestellt.

Die Kürzung der Sprachkurse von ehemals 12 auf jetzt sechs Monate für die Spätaussiedler war eine Katastrophe. Eine faire Chance auf dem ohnehin schwierigen Ausbildungs- und Arbeitsmarkt bestünde für die Spätaussiedler und deren Familien nicht mehr.

Die Kenntnis der deutschen Sprache war eine Schlüsselkompetenz für alle weiteren Integrationsbemühungen. Wer an dieser Stelle sparte und dabei die Sprachkurse auf die Hälfte reduzierte, strich am falschen Ende. Die Kosten der Arbeitslosigkeit und der vielfach notwendigen sozialen Betreuung durch die Gemeinden wären um ein viel-faches höher. Hier entlastete sich der Bund wieder einmal auf dem Rücken der Städte und Gemeinden.

In diesem Zusammenhang war die Forderung der CSU nach "Deutschkenntnissen für Ausländer" heuchlerisch. Dabei ging die Kritik nicht gegen die Forderung nach mehr Sprachkompetenz als Schlüssel für bessere Integration. Vielmehr käme der Bund schon bei den Spätaussiedlern seiner Verpflichtung nicht nach. Wer aber von allen Ausländern Deutschkenntnisse erwartete, müsste ihnen auch die Möglichkeit bieten, die Sprache zu erlernen.

„Zuzugsdruck wird bewußt verschleiert“

SPD kritisiert Aussiedlerpolitik

Papenburg

Peter Raske, sozialpolitischer Sprecher der SPD im Emsland, weist in einer Pressemitteilung darauf hin, daß von seiten der hier lebenden Spätaussiedler immer wieder heftige Kritik an der Bearbeitungsart und -dauer der Anträge geübt wird. Damit verschleiere die Bundesregierung bewußt den zukünftigen Anstieg der Zahlen für die Übersiedlung von Spätaussiedlern.

Die Aussiedler beklagen sich nach Aussage Raskes darüber, daß ihre noch in den Herkunftsländern verbliebenen Verwandten, auch bei Bereitstellung aller notwendigen Papiere, oft drei bis vier Jahre warten müßten, bis sie als Spätaussiedler anerkannt werden und in die Bundesrepublik einreisen dürften.

Durch diese Verwaltungspraxis entstehe ein Stau bei den Anträgen, so der sozialpolitische Sprecher. Nach Meinung von Raske ist es dabei mehr als verwunderlich, daß die Bundesregierung jeden Monat den „natürlichen Rückgang der Spätaussiedlerzahlen“ verkündet. Die Folgerung daraus, daß es überhaupt keinen Bedarf gebe, über den Zuzug von Spätaussiedlern zu sprechen, sei ebenso falsch wie die Behauptung, die Integrationsmittel würden ausreichen, da ja immer weniger Spätaussiedler kämen.

Raske betont: „Sollten die Zuwanderungszahlen wieder in die Höhe schnellen, weil die Anträge zügiger bearbeitet werden, würden nicht nur die Spätaussiedler selber verunsichert.“ Gerade das Emsland würde nach dem Wegfall der Zuzugssperre angesichts immer knapperer Mittel vor schier unlösbare Aufgaben gestellt. Raske stellt weiter fest, daß die Kürzung der Sprachkurse von ehemals 12 auf jetzt sechs Monate für die Spätaussiedler eine Katastrophe sei. Eine faire Chance auf dem ohnehin

„Keine faire Chance auf Arbeitsmarkt“

schwierigen Ausbildungs- und Arbeitsmarkt bestehe für die Spätaussiedler und deren Familien nicht mehr.

In diesem Zusammenhang bezeichnet Peter Raske die Forderung der CSU nach „Deutschkenntnissen für Ausländer“ als heuchlerisch. Dabei gehe die Kritik nicht gegen die Forderung nach mehr Sprachkompetenz als Schlüssel für bessere Integration. Vielmehr komme der Bund schon bei den Spätaussiedlern seiner Verpflichtung nicht nach. „Wer aber von allen Ausländern Deutschkenntnisse erwartet, muß ihnen auch die Möglichkeit bieten, die Sprache zu lernen“, so Peter Raske.

Ems-Zeitung 27.07.1998

Ems-Zeitung 26.07.1998

SPD: Motivation potentieller Spätaussiedler zur Einreise ist ungebrochen

„Verwaltungspraxis zeichnet falsches Bild vom Zuzug“

Papenburg. Nach Worten von Peter Raske, dem sozialpolitischen Sprecher der SPD im Emsland, wird von Seiten der hier lebenden Spätaussiedler immer wieder heftige Kritik an der Bearbeitungsart und Dauer der Anträge geübt. Damit verschleiere die Bundesregierung bewußt den zukünftigen Anstieg der Zahlen für die Übersiedlung von Spätaussiedlern, so Raske.

Die Aussiedler beklagten sich darüber, daß ihre noch in den Herkunftsländern verbliebenen Verwandten oft drei bis vier Jahre warten müßten, bis sie einreisen dürften.

Dadurch entstehe ein Stau bei den Anträgen. Laut Raske sei es dabei mehr als verwunderlich, daß die Bundesregierung jeden Monat den angeblich natürlichen Rückgang der Spätaussiedlerzahlen verkündet. Die Folgerung daraus, daß es keine Bedarf gebe, über den Zuzug von Spätaussiedlern zu sprechen, sei ebenso falsch wie die Behauptung, die Integrationsmittel würden ausreichen, da ja immer weniger Spätaussiedler kämen.

Gehe man jedoch davon aus, daß die Motivation vieler potentieller Spätaussiedler ungebrochen ist, führe die Verschleppung von Anträgen lediglich zu einer zeitlichen Verzögerung. Sollten die Zuwanderungszahlen wieder in die Höhe schnellen, weil die Anträge zügiger bearbeitet werden, würden nicht nur die Spätaussiedler weiter verunsichert, auch das Emsland würde nach dem Wegfall der Zuzugssperre angesichts immer knapperer Mittel vor schier unlösbare Aufgaben gestellt.

Der Sozialdemokrat stellt fest, daß die Kürzung der Sprachkurse von ehemals zwölf auf jetzt sechs Monate für die Spätaussiedler eine Katastrophe sei. Eine faire Chance auf dem ohnehin schwierigen Ausbildungs- und Arbeitsmarkt bestehe für die Spätaussiedler nicht mehr. Die Kenntnis der deutschen Sprache sei gleichsam eine Schlüsselkompetenz für alle weiteren Integrationsbemühungen. Wer an dieser Stelle spare und dabei die Sprachkurse auf die Hälfte reduziere, streiche am falschen Ende. Die Kosten der Arbeitslosigkeit und die vielfach notwendige soziale Betreuung durch die Gemeinden seien um ein Vielfaches höher. Der Bund entlaste sich also auf dem Rücken der Städte und Gemeinden.

In diesem Zusammenhang bezeichnet Raske die Forderung der CSU nach Deutschkenntnissen für Ausländer als heuchlerisch. Dabei gehe die Kritik nicht gegen die Forderung nach mehr Sprachkompetenz als Schlüssel für bessere Integration. Vielmehr komme der Bund schon bei den Spätaussiedlern seiner Verpflichtung nicht nach. „Wer aber von allen Ausländern Deutschkenntnisse erwartet, muß ihnen auch die Möglichkeit bieten, die Sprache zu lernen“, so Raske.

SPD warnt vor Verschleierung des Zuzugsdrucks von Spätaussiedlern

Anstieg der Zahlen / Noch keine seriösen Ansätze zur Lösung

PAPENBURG. Peter Raske, sozialpolitischer Sprecher der SPD im Emsland, berichtet, daß von Seiten der hier lebenden Spätaussiedler immer wieder heftige Kritik an der Bearbeitungsart und -dauer der Anträge geübt wird. Damit verschleiere die Bundesregierung bewußt den zukünftigen Anstieg der Zahlen für die Übersiedlung von Spätaussiedlern.

Die Aussiedler beklagen sich darüber, daß ihre noch in den Herkunftsländern verbliebenen Verwandten, auch bei Bereitstellung aller notwendigen Papiere, oft drei bis vier Jahre warten müssen, bis sie als Spätaussiedler anerkannt werden und in die Bundesländer einreisen dürfen.

Durch diese Verwaltungspraxis entsteht ein Stau bei den Anträgen. Nach Meinung von Peter Raske sei es dabei mehr als verwunderlich, daß die Bundesregierung jeden Monat den angeblich natürlichen Rückgang der Spätaussiedlerzahlen verkündet. Die Folgerung daraus, daß es überhaupt keinen Bedarf gibt, über den Zuzug von Spätaussiedlern zu sprechen, sei ebenso falsch wie die Behauptung, die Integrationsmittel würden ausreichen, da ja immer weniger Spätaussiedler kamen.

Geht man jedoch davon aus, daß die Motivation vieler potentieller Spätaussiedler zur Übersiedlung nach Deutschland ungebrochen ist, führt die Verschleppung von Anträgen lediglich zu einer zeitlichen Verzögerung. Keinesfalls aber geht es hier um einen seriösen Ansatz zur Lösung der Zuwanderungs- und Integrationsfragen.

Sollten die Zuwanderungszahlen wieder in die Höhe schnellen, weil die Anträge zügiger bearbeitet werden, würden nicht nur die Spätaussiedler selber weiter verunsichert. Gerade das Emsland würde nach dem Wegfall der Zuzugssperre angesichts immer knapperer Mittel vor schier unlösbaren Aufgaben gestellt.

Peter Raske stellte fest, daß die Kürzung der Sprachkurse von ehemals zwölf auf jetzt sechs Monate für die Spätaussiedler eine Katastrophe sei. Eine faire Chance auf dem ohnehin schwierigen Ausbildungs- und Arbeitsmarkt bestehe für die Spätaussiedler und deren Familien nicht mehr.

In diesem Zusammenhang bezeichnet Peter Raske die Forderung der CSU nach „Deutschkenntnissen für Ausländer“ als heuchlerisch. Dabei gehe die Kritik nicht gegen die Forderung nach mehr Sprachkompetenz als Schlüssel für bessere Integration. Vielmehr komme der Bund schon bei den Spätaussiedlern seiner Verpflichtung nicht nach. „Wer aber von allen Ausländern Deutschkenntnisse erwartet, muß ihnen auch die Möglichkeit bieten, die Sprache zu lernen“, so Peter Raske.

Der Wecker 02.08.1998